

**Leserbrief zum Bericht
„Storch und Kiebitz als Windpark-Bremser?“
In der HAZ vom 1. September 2012**

Der o.a. Bericht gibt stellenweise nicht die genaue Denk- und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“ wieder. Deshalb möchten wir hier einige Details erläutern:

1. Wir haben niemals gefordert oder argumentiert, dass Windräder auf einer Fläche zwischen Betheln, Heyersum und Nordstemmen eine Alternative zum „Windpark Heinum“ sein könnten. Wir haben lediglich darauf hingewiesen, dass diese sogenannte „Konzentrationsfläche“ nicht mehr zur Verfügung stünde, wenn der „Windpark Heinum“ verwirklicht würde. Allerdings wären die Entfernungen zur Wohnbebauung dort weitaus größer.
2. Der Artikel suggeriert, „niemand habe das Recht, kein Windrad vors Haus zu bekommen“. Das sehen sogar das Land Niedersachsen und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) anders: Sie empfehlen 1000 m (bzw. die 10- fache Anlagenhöhe) als Mindestabstand zur Wohnbebauung – wie auch die Heinumer Bürger, die dieses mit 135 Unterschriften bekräftigt haben.
3. Wir pflichten dem Redakteur ausnahmslos zu, wenn er von einer mangelhaften Informationspolitik und Einbindung der betroffenen Bürger in das Großprojekt „Windpark Heinum“ spricht. Schließlich sollen hier die modernsten (größten) Anlagen Deutschlands in eventuell nur 400 m Entfernung zur Wohnbebauung errichtet werden.

Nachzulesen ist dieses auch auf unserer Internetseite www.kein-windpark-heinum.info

Wolfgang Schulz
Am Steinkamp 18
31039 Heinum

Storch und Kiebitz als Windpark-Bremser?

Anlagen zwischen den Gemeinden Gronau und Nordstemmen: Landkreis sehr skeptisch bei Heimer Vorstoß

Nordstemmen/Gronau (abu). Einen gemeinsamen Windpark an der Grenze der Samtgemeinde Gronau und der Gemeinde Nordstemmen halten deren Verwaltungen für unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen. Das erklärte Rainer Mertens (Gronau) und der Nordstemmer Bauamtsleiter Harry Neise auf Anfrage dieser Zeitung. Auslöser der Diskussion ist eine Forderung der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“. Sie argumentiert, Windräder im Dreieck zwischen Betheln, Heyersum und Burgstemmen könnten weiter entfernt von Wohnhäusern stehen als bei Heinum, Eitzum und Eberholzen (diese Zeitung berichtete).

Die Heimer Arbeitsgruppe hatte sich gebildet, nachdem die Samtgemeinden Gronau und Sibbesse begonnen haben, eine gemeinsame Konzentrationsfläche für Windkraft an ihrer gemeinsamen Grenze zu planen. Erster offizieller Schritt dabei im schönsten Amtsdeutsch: Der „Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans“. Was allerdings ganz praktisch der erste Schritt dahin ist, eine bestimmte Fläche als Vorrang-Gebiet für Windkraft auszuweisen. Kame es dazu, hätte ein Investor dort Anspruch darauf, dass ihm die Behörden den Bau eines Windparks genehmigen.

Gronaus Verwaltungschef Mertens sieht indes noch lange keine Vorentscheidung für einen Windpark bei Heinum: „Überprüft wird im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplans das gesamte Gebiet der Samtgemeinde“. Die Fläche bei Heinum sei dabei lediglich ein Teil von mehreren Arealen, die es zu untersuchen gelte.

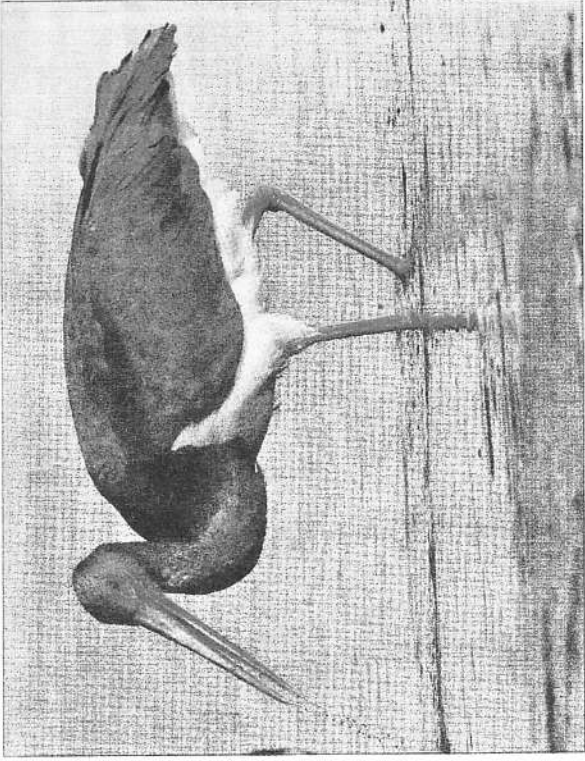
Allerdings: Die Idee, Gronau und Sibbesse könnten dort eine gemeinsame Windpark-Fläche ausweisen, stammt aus der Kreisverwaltung. Deren Fachleute hatten zuvor festgestellt, dass alle anderen Flächen in der Samtgemeinde Gronau aus unterschiedlichen Gründen ausfallen würden. Einige wegen zu geringen Abstands zum nächsten Windpark, andere aus Gründen des Naturschutzes. „Dennoch betont Mertens: „Entscheidungen über die Lage einer möglichen neuen Fläche für Windenergie können erst im Laufe des Verfahrens getroffen werden.“

Allerdings ist Heinum dabei unzufrieden. „Der Landkreis hätte das Areal kaum vorgeschlagen, wenn es nicht in seine Raumordnungs-Pläne insgesamt passen würde. Im Nachhinein wäre es vielleicht auch richtig gewesen,



Gefiederte Argumente gegen einen Windpark nördlich von Betheln: Der Kiebitz ...

Wie der Nordstemmer Bauamtsleiter erklärt, laufen in der Gemeinde derzeit ebenfalls Beratungen über mögliche weitere Windkraft-Flächen. Anfang kommenden Jahres sollten sich die Ratsgremien dort damit beschäftigen, bis dahin



... und der Schwarzstorch, die in der Gegend gern brüten und Nahrung suchen.

untersucht ein Planungsbüro mögliche Areale im Nordstemmer Raum darauf, ob sie grundsätzlich geeignet sind.

Gegen einen gemeinsamen Windpark mit einer Nachbargemeinde hätten die Nordstemmer jedenfalls prinzipiell

nichts, stellt Neise fest. Das Modell wäre dort nicht neu. Den Windpark bei Adenhausen hat Nordstemmen zusammen mit der Stadt Pattensen (Region Hannover) geplant – nur zwei der Windräder dort stehen im Landkreis Hildesheim.

Kommentar

Wir wollen den Windpark nicht – aber ein paar Dörfer weiter wäre er doch gut aufgehoben. So eine Argumentation kann für viel Ärger in einer Kommune sorgen – doch sie ist Ausdruck einer Verunsicherung in der Bevölkerung. Die kann man sogar verstehen, schließlich mangelt es an Informationen für die Anleger.

Tatsächlich wurden die Pläne in einer Sitzung des Bauausschusses öffentlich. Dort entschieden die Politiker allerdings auch gleich, einen Bebauungsplan für die fragliche Fläche aufzustellen. Dass damit noch nichts entschieden ist, ist aus Sicht von Politik und Verwaltung rein

Bürger früher informieren

rechtlich sicher richtig. Doch für die Bürger scheint damit alles klar zu sein. Sie haben den Eindruck, als sei alles schon vorab und demokratisch im Rathaus entschieden, und sie hätten keinen Einfluss. Schließlich kommt es in den meisten Fällen tatsächlich wie geplant – weil die Behörden andere Möglichkeiten haben, schon im Vorfeld ausgeschlossen haben.

Wer etwas so Einschneidendes wie eine potenzielle Windpark-Fläche plant, sollte vor der ersten politischen Diskussion die Anleger in einer Versammlung informieren. Dort lassen sich auch viele Fragen beantworten, Missverständnisse

ausräumen und Anregungen aufnehmen. Und die Gemeinden können den Verdacht ausräumen, heimlich etwas Unangenehmes auszukugeln. Niemand hat ein Recht darauf, kein Windrad vor Haus zu kriegen – aber möglichst umfassende Informationen über das Wie und Warum stehen den Anliegern sehr wohl zu. Beim Thema Gemeindefusionen haben Gronau und andere Gemeinden gezeigt, dass sie diese moderne Form des Umgangs mit ihren Bürgern bevorzugen. Bei Streit-Themen wie Windkraft sollte das kreisweit Standard werden.

TABER ABU AJAMICH